



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 29. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom
04.02.2014

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Anton Holz

Die Sitzung fand das Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Kleine Münsterstraße 7+9: Abriss und Neubau eines Geschäftshauses
Vorlage: FB 3/923/2014
2. Neugestaltung des Busbahnhofes in Lüdinghausen
(einschließlich Erweiterung der Parkflächen - Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2013)
Vorlage: FB 3/921/2014
3. Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Kreuzung Olfener Str. / Hans-Böckler-Str. / Werner-von-Siemens-Str.
Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2012
Vorlage: FB 3/925/2014
4. Bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich Bahnhofstraße bis Einmündungsbereich Telgengarten)
Vorlage: FB 3/924/2014
5. Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2011 sowie ergänzender Fraktionsantrag vom 08.01.2014
Vorlage: FB 3/926/2014
6. Klimakommune Lüdinghausen
Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 09.09.2010 sowie ergänzender Antrag vom 29.06.2011
Vorlage: FB 3/927/2014
7. Aus- und Anbau Kindergarten Tüllinghoff
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2014
Vorlage: FB 2/570/2014
8. Reinigung der Steverarme
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2014
Vorlage: FB 3/929/2014
9. Antrag der CDU-Fraktion auf Wiederherstellung der optischen Diagonalquerung für Radfahrer an der Seppenrader Straße (Am Hüwel/Große Busch)
Vorlage: FB 4/411/2014
10. Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2015 - 2017
Vorlage: FB 3/918/2014
- 10.1. Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2015 - 2017
Umsetzung von Straßenbeleuchtungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2014
- ergänzende Sitzungsvorlage -
Vorlage: FB 3/918/2014/1
- 10.2. Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2015 - 2017
Fraktionsanträge der SPD-Fraktion vom 14.01.2014 zu den Haushaltsplanberatungen 2014
- ergänzende Sitzungsvorlage -
Vorlage: FB 3/918/2014/2
11. Berichte
Bushaltestellen Selmer Straße
- 11.1. Vorlage: FB 4/419/2014
12. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

13. Umnutzung Borg 4;
Auftragsvergabe über Innendämmung und Innenputz
Vorlage: FB 2/569/2014
14. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
Vorlage: FB 3/917/2014
15. Berichte
16. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Kleine Münsterstraße 7+9: Abriss und Neubau eines Geschäftshauses

Vorlage: FB 3/923/2014

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt Herrn Prof. Spital-Frenking, der anhand von Plänen das geplante Neubauvorhaben vorstellt.

Er erläutert, dass hinsichtlich der Errichtung des Drempels eine Befreiung vom Bebauungsplan zu beantragen sei. Diesbezüglich seien bereits erste Abstimmungsgespräche mit dem Kreis Coesfeld geführt worden. Als Fassadenmaterial sei Klinker vorgesehen, der Sockel solle farblich abgesetzt werden.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

SkB. Havermeier erläutert, dass die SPD-Fraktion die Vorstellung des Neubauvorhabens aufgrund der bedeutsamen Lage in der Altstadt für erforderlich gehalten habe.

Er sehe die Gefahr, dass es während der Bauphase insbesondere für Fußgänger zu Beeinträchtigungen kommen werde.

Prof. Spital-Frenking erklärt, dass die Baustelleneinrichtung auf einem benachbarten Grundstück vorgesehen sei. Es werde dafür Sorge getragen, möglichst geringe Störungen für Verkehrsteilnehmer und Anlieger entstehen zu lassen, dieses liege auch im Interesse des Bauherrn.

Stv. Mönning stellt fest, dass die maximal zulässige Bauhöhe ausgenutzt wird. Er äußert ästhetische Bedenken in Bezug auf das angrenzende, weitaus niedrigere Haus.

Darüber hinaus bringt er zum Ausdruck, dass er die Beibehaltung der ursprünglich vorhandenen Putzfassade persönlich begrüßt hätte.

Stv. Breitbach bringt zum Ausdruck, dass der kleinteilig geprägte Charakter der „Kleinen Münsterstraße“ auch nach Errichtung des Neubaus erhalten bleibe.

Stv. Wannigmann bittet zu bedenken, dass die innerstädtischen Geschäftsleute aufgrund anderer, bereits umgesetzter Bauvorhaben stark belastet worden seien. Aus diesem Grund sehe er die Logistik während der Bauphase als sehr wichtigen Punkt an. Er bittet dafür Sorge zu tragen, dass die Anlieferzeiten und Zufahrtswege zur Baustelle so gewählt werden, dass möglichst geringe Beeinträchtigungen für die innerstädtischen Gewerbetreibenden entstehen.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Gestaltung des aufgezeigten Neubaus zu.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

**TOP 2) Neugestaltung des Busbahnhofes in Lüdinghausen
(einschließlich Erweiterung der Parkflächen - Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 25.04.2013)
Vorlage: FB 3/921/2014**

Ausschussvorsitzender Holz weist einfühend darauf hin, dass die Ausbaupläne in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt am 19.11.2013 durch das beauftragte Ingenieurbüro vorgestellt worden seien. Die Verwaltung habe gleichzeitig zwei Prüfaufträge erhalten, deren Ergebnisse umfassend in der Sitzungsvorlage dargestellt seien.

SkB. Havermeier bringt zum Ausdruck, dass die im Sachverhalt dargestellten Varianten und Kostengegenüberstellungen innerhalb der SPD-Fraktion umfassend diskutiert worden seien. Einerseits dürften nichtbehinderte Menschen gegenüber Behinderten nicht benachteiligt werden. Andererseits sei in die Entscheidung mit einzubeziehen, dass nichtbehinderte Bürger einen größeren Aktionsradius hätten und somit auch andere, weiter entfernt liegende WCs aufsuchen könnten.

Die SPD-Fraktion könne sich grundsätzlich sowohl die Umsetzung der Variante 1 als auch die der Variante 2 vorstellen.

Stv. Mönning weist auf die Gefahr von Vandalismus hin, der im Falle der Errichtung eines öffentlich zugänglichen WC-Gebäudes nicht auszuschließen sei. Er regt an, dem Vandalismus durch eine verstärkte soziale Kontrolle entgegenzuwirken. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, dass die Fahrzeuge des angrenzenden Taxiunternehmens bei Anfahrt des Betriebsgeländes über den Busbahnhof fahren.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass im Rahmen der Neugestaltung des Busbahnhofes die Verdichtung der Beleuchtung sowie eine verbesserte Einsehbarkeit der Gebäude vorgesehen sei, dieses trage ebenfalls dazu bei, die Gefahr von Vandalismus zu verringern

Stv. Wannigmann bringt zum Ausdruck, dass sich die UWG-Fraktion aufgrund der drohenden mutwilligen Beschädigungen an einer öffentlichen WC-Anlage für die Variante 1 ausspreche.

Stv. Breitbach schließt sich dieser Aussage inhaltlich dahingehend an, dass sich auch die CDU-Fraktion aufgrund des zu erwartenden Vandalismus sowie des im Falle der Errichtung einer öffentlichen WC-Anlage entstehenden zusätzlichen finanziellen Aufwands für die Variante 1 entschieden habe.

Stv. Kehl stellt in Frage, ob die zwei zusätzlichen Parkplätze aufgrund der schwierigen An- und Abfahrt errichtet werden sollten.

Darüber hinaus erkundigt er sich, auf welche Weise sichergestellt werde, dass die Parkplätze auf dem Park-and-Ride-Parkplatz nicht durch Dauerparker genutzt würden.

Herr Herrmann hält es für sehr wahrscheinlich, dass im Bereich der zusätzlich vorgesehenen Stellplätze auch dann Pkws abgestellt werden, wenn keine offiziell ausgewiesenen

Stellplätze angelegt würden. Er erläutert, dass eine Ausweisung der Stellplätze als Park-and-Ride-Parkplatz vorgenommen werde. Eine Kontrollmöglichkeit, ob sich deren Nutzung tatsächlich auf Busfahrgäste beschränke, sehe er jedoch nicht.

Stv. Friedenstab weist darauf hin, dass an Bahnhöfen oftmals Platzkarten ausgegeben würden, welche eine zweckentsprechende Nutzung der in unmittelbarer Nähe gelegenen Parkflächen durch Bahnkunden sicherstellen. Er regt an, für Busfahrgäste mit Dauerfahrkarten Berechtigungskarten für die Nutzung der Park-and-Ride-Parkplätze auszustellen.

Die Verwaltung sagt zu, diese Möglichkeit in Gesprächen mit der RVM zu prüfen.

Abschließend weist Stv. Friedenstab nochmals auf die Dringlichkeit hin, mit dem an den Busbahnhof angrenzenden Taxiunternehmen Gespräche zu führen, mit dem Ziel, die Zufahrt zum Betriebsgelände in den Bereich des Busbahnhofes zu verlegen.

Beschluss:

Der überarbeitete Ausbauplan (vgl. Anlage 1) wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss spricht sich für die Umsetzung der Ausbauvariante 1 (barrierefreie Umgestaltung des Busbahnhofes mit Aufenthaltsraum für Busfahrer und Behinderten WC sowie Erweiterung des Park + Ride Parkplatzes) aus.

Dem Rat wird empfohlen, die für die Umsetzung erforderlichen Mittel im Budgetbuch 2014 bereit zu stellen.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	1

TOP 3) Einrichtung eines Kreisverkehres an der Kreuzung Olfener Str. / Hans-Böckler-Str. / Werner-von-Siemens-Str. Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 05.12.2012 Vorlage: FB 3/925/2014

Stv. Ernst erklärt, dass sich die CDU-Fraktion aufgrund des für die Zukunft zu erwartenden, zunehmenden Verkehrs aus dem Gewerbegebiet Tetekum für die Errichtung eines Kreisverkehres ausspreche. Auch in Bezug auf den Verkehrsfluss sei ein Kreisverkehr der möglichen Alternative, eine Lichtsignalanlage zu errichten, vorzuziehen.

Die SPD-Fraktion bringt zum Ausdruck, dass sie den Bau eines Kreisverkehres aufgrund der Höhe der von der Stadt zu leistenden Kostenbeteiligung ablehne. Die Errichtung eines Kreisverkehrs werde an der vorgesehenen Stelle verkehrstechnisch nicht als zwingend erforderlich angesehen. Es seien lediglich zeitabhängige, punktuelle Engpässe vorhanden. Eine durchgängige Rückstauproblematik sowie ganztägig bestehende Schwierigkeiten beim Abbiegen aus den Gewerbegebietsstraßen auf die B 235 würden nicht gesehen.

Stv. Mönning weist darauf hin, dass die im Bereich des geplanten Kreisverkehrs vorhandenen Straßen seinem persönlichen Empfinden nach ausreichend befahrbar seien. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass durch Errichtung eines Starenkastens auf der B 235 bereits eine geschwindigkeitsreduzierende Wirkung erzielt worden sei, welche die Gefährdung für Radfahrer und Fußgänger beim Überqueren des Kreuzungsbereiches bereits minimiere.

Stv. Wannigmann macht deutlich, dass es aus eigener Erfahrung insbesondere in den Morgen- und Abendstunden sehr schwierig sei, von den Gewerbegebietsstraßen auf die B 235 abzubiegen. Im Falle der Errichtung einer Ampelanlage sehe er eine erhöhte Rückstaugefahr, aus diesem Grund spreche er sich für die Errichtung eines Kreisverkehrs aus.

Stv. Ernst bittet nochmals zu bedenken, dass die Verkehrsdichte in dem betreffenden Kreuzungsbereich mittel- bis langfristig weiter zunehmen werde. Eine Ampelanlage habe eine Stop-Funktion, wohingegen die Errichtung eines Kreisverkehrs einen durchgehenden Verkehrsfluss sichern würde.

Stv. Suttrup macht deutlich, dass an allen Stellen, an denen bislang Kreisverkehre errichtet worden sind, eine positive Wirkung auf den Verkehrsfluss zu beobachten gewesen sei. Darüber hinaus bittet er zu bedenken, dass die Errichtung eines Kreisverkehrs auch unter Aspekten des Umweltschutzes eindeutig zu bevorzugen sei.

Stv. Breitbach hält die Errichtung eines Kreisverkehrs, trotz der zu leistenden Kostenbeteiligung, langfristig gesehen für die beste Lösung.

Stv. Wannigmann weist darauf hin, dass nach seinem Kenntnisstand im Kreuzungsbereich B 235 / Hans-Böckler-Str. / Werner-von-Siemens-Str. oftmals Fahrradfahrer in Unfälle involviert gewesen sind.

Er bringt zum Ausdruck, dass er vor diesem Hintergrund zwingend eine Vorfahrtsberechtigung für Fußgänger und Fahrradfahrer an dem zu errichtenden Kreisverkehr für erforderlich halte.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass die Unfallgefahr bereits durch die Errichtung des Starenkastens sowie durch das Aufstellen von Stop-Schildern in den Gewerbegebietsstraßen reduziert worden sei.

SkB. Havermeier bittet zu bedenken, dass eine moderne Lichtsignalanlage, welche in der Lage sei, den Verkehrsfluss bei der Schaltung zu berücksichtigen, eine geeignete Alternative zu einem Kreisverkehr darstelle.

Er weist nochmals darauf hin, dass die SPD-Fraktion, vor dem Hintergrund, dass an anderen Stellen des Stadtgebietes dringendere bauliche Maßnahmen durchzuführen seien (z.B. barrierefreie Gestaltung der Straße Amthaus und des Innenstadtbereiches), die Entscheidung, einen Kreisverkehr mit hoher städtischer Kostenbeteiligung zu errichten, nicht nachvollziehen könne.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss spricht sich für den Bau eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Olfener Straße / Hans-Böckler-Straße / Werner-von Siemens-Straße aus.

Es wird die nachfolgende Empfehlung an den Rat ausgesprochen:

1. Der von der Stadt Lüdinghausen zu übernehmende Kostenanteil (nach den aktuellen Kostenschätzungen 270.000,-- €) wird in die Finanzplanung 2015 aufgenommen und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 als Ausgabeermächtigung zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird ausdrücklich ermächtigt, eine Vereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW dahingehend zu schließen, dass der von der Stadt Lüdinghausen zu tragende Kostenanteil übernommen und im Haushaltsjahr 2015 kassenwirksam wird.

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	0

TOP 4) Bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich Bahnhofstraße bis Einmündungsbereich Telgengarten)
Vorlage: FB 3/924/2014

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass zu dieser Thematik ein Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vorliege, in dem der Einbau von lärmoptimierten Asphalt im Zuge des Umbaus der Olfener Straße gefordert werde.

Der Antrag sei nicht fristgerecht eingegangen, aus diesem Grund sei er nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt worden. Gleichwohl halte er es für sinnvoll, den Fraktionsantrag dennoch mit in die inhaltliche Beratung dieses Tagesordnungspunktes einzubeziehen.

SkB. Havermeier erläutert daraufhin die Inhalte des gestellten Fraktionsantrages. Er führt aus, dass die SPD-Fraktion den Einbau von lärmoptimierten Asphalt im Bereich der „Olfener Straße“ für erforderlich halte. Er verweist auf positive Erfahrungen in Städten, die diesen besonderen Asphalt bereits verwendet hätten.

Die SPD-Fraktion sei der Ansicht, dass im Bereich der „Olfener Straße“ aufgrund der hohen verkehrlichen Belastung sowie der dichten Bebauung, der Einbau von lärmoptimierten Asphalt erforderlich sei, um die Lärmemissionen für die Anlieger zu minimieren.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass die Entscheidung über den Einbau von lärmoptimierten Asphalt in der Zuständigkeit des Landesbetriebes Straßen NRW liege, der Straßenbaulastträger der Fahrbahn sei.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, den Fraktionsantrag der SPD-Fraktion an den Landesbetrieb Straßen NRW weiterzuleiten.

Stv. Friedenstab bittet darum, die Errichtung von Fahrradschleusen sowie sonstige Maßnahmen zur Optimierung des Fahrradverkehrs im Kreuzungsbereich „Olfener Straße / Bahnhofstraße“ mit in die Abstimmungsgespräche einzubeziehen.

I. Beschluss:

Der Ausschuss spricht sich für die Umsetzung der im Sachverhalt dargestellten Umgestaltungsmaßnahmen aus.

Die Verwaltung wird beauftragt, den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag, der einen Einbau von lärmoptimierten Asphalt im Zuge des Ausbaus der Olfener Straße fordert, zuständigkeitshalber an den Landesbetrieb Straßen NRW weiterzuleiten. Der Antrag wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Darüber hinaus wird die nachfolgende Beschlussempfehlung an den Rat ausgesprochen:

1. Der von der Stadt Lüdinghausen zu übernehmende Kostenanteil (nach den aktuellen Kostenschätzungen 175.000,-- €) wird in die Finanzplanung 2015 aufgenommen und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2015 als Ausgabeermächtigung zur Verfügung gestellt.
2. Die Verwaltung wird ausdrücklich ermächtigt, eine Vereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW dahingehend zu schließen, dass der von der Stadt Lüdinghausen zu tragende Kostenanteil übernommen und im Haushaltsjahr 2015 kassenwirksam wird.

Hinweis: Stv. Reismann und Stv. Kehl befanden sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Ausschusszimmer.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 5) Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2011 sowie ergänzender Fraktionsantrag vom 08.01.2014
Vorlage: FB 3/926/2014**

Stv. Ernst spricht sich ausdrücklich für eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) aus.

Er unterstreicht die Notwendigkeit, den Rad- und Fußgängerverkehr zu fördern. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass eine fahrradfreundliche Infrastruktur auch ausdrücklich dazu beitrage, die Klimabilanz zu verbessern.

Seitens der CDU-Fraktion werde die Einrichtung einer zusätzlichen 0,5 Personalstelle befürwortet. Vor dem Hintergrund der anstehenden Projekte der Regionale 2016, insbesondere deren Umsetzung, werde die Ausschreibung einer Stelle mit der Fachrichtung Raumplanung als sinnvoll angesehen.

Stv. Friedenstab bringt zum Ausdruck, dass sich die SPD-Fraktion ausdrücklich für einen Beitritt zu AGFS sowie für die Bereitstellung des erforderlichen Personals ausspreche. Dieses sei auch in dem ergänzenden Fraktionsantrag nochmals deutlich gemacht worden.

Er bittet darum, die für eine Mitgliedschaft benötigten finanziellen Mittel im Haushaltsjahr 2014 einzustellen.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag, erst zu einem späteren Zeitpunkt eine Mitgliedschaft in der AGFS anzustreben, alleinig vor dem Hintergrund formuliert worden sei, dass die in diesem Zusammenhang zusätzlich anfallenden Arbeiten mit dem derzeit vorhandenen Personal nicht leistbar sind. Eine personelle Aufstockung sei zwingend erforderlich, insbesondere vor dem Hintergrund, dass vor einer Aufnahme in die AGFS ein umfassendes Bewerbungsverfahren erforderlich werde. Im Falle einer gewünschten Mitgliedschaft sei im Rahmen der abschließenden Haushaltsplanberatungen der Stellenplan 2014 dahingehend anzupassen, dass anstelle der bislang vorgesehenen zusätzlichen 0,7 Stelle nunmehr 1,2 Zusatzstellen ausgewiesen werden.

Stv. Mönning erklärt, dass auch er eine Mitgliedschaft in der AGFS befürworte und verweist in diesem Zusammenhang nochmals auf die Möglichkeit, nach erfolgtem Beitritt Fördermittel in Anspruch nehmen zu können.

Stv. Kehl spricht sich ebenfalls für eine Mitgliedschaft aus, sieht jedoch die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle als kritisch an. Er sieht es als zweckmäßiger an, zunächst ein Jahr Erfahrungen bezüglich des erforderlichen personellen Aufwandes zu sammeln und erst dann über eine Anpassung des Stellenplanes zu entscheiden.

Ausschussvorsitzender Holz bringt zum Ausdruck, dass eine Mitgliedschaft seitens der CDU-Fraktion befürwortet werde, dass die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle jedoch im inhaltlichen Zusammenhang mit der Umsetzung der Regionaleprojekte gesehen werde.

SkB. Havermeier erklärt, dass die SPD-Fraktion der Auffassung sei, dass ein Verkehrsplaner eingestellt werden sollte, in dessen Aufgabengebiet die Aspekte des Klimaschutzes inhaltlich mit einbezogen werden sollten.

Stv. Kehl weist darauf hin, dass eine Entscheidung über einen Beitritt zur AGFS nicht zeitlich vertagt werden sollte. Insbesondere vor dem Hintergrund der Tourismusförderung sowie der Zertifizierung der Stadt Lüdinghausen als Citaslow-Kommune unterstütze er den Antrag der SPD-Fraktion.

Stv. Friedenstab weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass er das Erfordernis sehe, den Stellenplan bereits im Jahr 2014 um eine 0,5 Stelle aufzustocken.

Stv. Breitbach erklärt, dass eine zwingende inhaltliche Verknüpfung zwischen den Aufgabengebieten Fahrradfreundliche Stadt und Klimakommune nicht gesehen werde. Die Ausschreibung einer zusätzlichen Stelle werde als notwendig angesehen, jedoch sollte das Stellenprofil dahingehend ausgerichtet sein, dass auch zusätzliche personelle Ressourcen für die Umsetzung der Projekte der Regionale 2016 geschaffen werden.

Stv. Reismann spricht sich dafür aus, die Entscheidung über einen Beitritt zur AGFS zeitlich zurück zu stellen. Er sieht vorrangig das Erfordernis, die bereits vorhandenen Radwege auszubessern.

Er stellt darauf hin einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Beratung.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass dieser Antrag vorrangig zu behandeln sei und stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Über die Mitgliedschaft der Stadt Lüdinghausen in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. soll zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden.

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	0

Im Anschluss stellt er den nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss spricht sich für einen Beitritt der Stadt Lüdinghausen zu der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. aus. Es wird die Empfehlung an den Rat ausgesprochen, die für eine Mitgliedschaft erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2014 einzustellen sowie den Stellenplan 2014 um eine zusätzliche 0,5 Stelle zu erweitern.

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	4

TOP 6) Klimakommune Lüdinghausen
Fraktionsantrag der CDU-Fraktion vom 09.09.2010 sowie ergänzender
Antrag vom 29.06.2011
Vorlage: FB 3/927/2014

Stv. Mönning hebt einführend nochmals die Bedeutung des Klimaschutzes hervor.

SkB. Havermeier hält es für sinnvoll, dass der Mitarbeiter, der aufgrund der angestrebten Mitgliedschaft in der AGFS zusätzlich eingestellt werde, sich inhaltlich auch mit dem Aufgabengebiet des Klimaschutzes beschäftige.

Es sei davon auszugehen, dass sich der personell erforderliche Arbeitsaufwand nach erfolgtem Beitritt zur AGFS vermindern werde, die freien Kapazitäten könnten sodann im Aufgabengebiet Klimakommune eingesetzt werden.

Stv. Breitbach erläutert, dass die Thematik Klimaschutz nicht zwingend mit einem Zertifizierungsprozess zu verbinden sei. Die Verwaltung berücksichtige bereits umfassende Aspekte des Klimaschutzes im Rahmen ihrer täglichen Arbeit. Er verweist darauf, dass in Zukunft zusätzliche rechtliche Vorschriften in Kraft treten werden, die die Bedeutung und Berücksichtigung klimaschutzrechtlicher Belange verstärkt in den Vordergrund stellen werden und verweist exemplarisch auf die in Kürze verbindlich werdende ENEV 2014.

Aus den dargelegten Gründen werde seitens der CDU-Fraktion der Beschlussvorschlag der Verwaltung mitgetragen.

Stv. Dr. Wischnewski bittet zu berücksichtigen, dass aufgrund der in Zukunft zu erwartenden, zusätzlichen gesetzlichen Regelungen die Gefahr bestehe, dass Fördermittel für den Klimaschutz nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Stv. Kehl sieht ebenfalls die Gefahr, dass Fördermittel in Zukunft gar nicht mehr oder nur noch in einem deutlich reduzierten Umfang verfügbar sein werden.

Die Stadt Lüdinghausen müsse ein deutliches Signal aussenden und der Bürgerschaft signalisieren, dass sie bereit ist, das Thema Klimakommune inhaltlich anzugehen.

Er bringt zum Ausdruck, dass die UWG-Fraktion sich daher den Aussagen der SPD-Fraktion anschließe.

Bürgermeister Borgmann stellt heraus, dass aus seiner Sicht die bislang getätigten Wortäußerungen inhaltlich nicht weit auseinander lägen. Er betont, dass die Verwaltung umfassende Belange des Umweltschutzes bereits heute berücksichtigt. Er verweist exemplarisch auf die Aufstellung von Bebauungsplänen sowie die bestehenden Vorgaben im Bereich des Lärmschutzes. In beiden Zusammenhängen seien vielfältige umweltrelevante Themengebiete zu überprüfen sowie bei der konkreten Umsetzung zu berücksichtigen.

Darüber hinaus weist er auf die Möglichkeit hin, den Klimaschutzrechtlichen Belangen durch konkrete, großflächig angelegte Maßnahmen Rechnung zu tragen. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Stadt Coesfeld, die derzeit eine schrittweise Umrüstung der im Stadtgebiet vorhandenen Straßenbeleuchtung auf LED-Technik praktiziere.

Stv. Reismann bittet zu bedenken, dass zusätzliche finanzielle Mittel bereit gestellt werden müssen, um das Thema Klimakommune in der Praxis umzusetzen.

Stv. Mönning bringt zum Ausdruck, dass insbesondere konkrete Ergebnisse Ziel führend seien. Die gesamte Stadt Lüdinghausen, somit auch die Bürgerschaft müsse sensibilisiert werden, CO₂ einzusparen.

Auch Einzelmaßnahmen wie z.B. eine energieeinsparende Umrüstung der Straßenbeleuchtung oder der Bau eines Kreisverkehrs zählten hierzu.

Stv. Friedenstab bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die Teilnahme am Zertifizierungsprozess sowie die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes abgelehnt werden soll. Er sehe hier Investitionen für die Zukunft als sehr wichtig an.

Stv. Breitbach macht deutlich, dass sich die CDU ihrer Verantwortung bewusst sei, aber es müssten Prioritäten gesetzt werden. Das Thema Klimakommune werde als wichtig angesehen, im Rahmen der Priorisierung werde jedoch die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise befürwortet.

I. Beschlussvorschlag:

Die Teilnahme am Zertifizierungsprozess zum „European Energy Award“ (EEA) sowie die Aufstellung eines Klimaschutzkonzeptes soll aufgrund des erforderlichen finanziellen und insbesondere personellen Aufwands erst zu einem späteren Zeitpunkt weiter verfolgt werden.

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	2

TOP 7) Aus- und Anbau Kindergarten Tüllinghoff
Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2014
Vorlage: FB 2/570/2014

Stv. Friedenstab erläutert einfühend, aus welchen Gründen die SPD-Fraktion den zu beratenden Antrag gestellt habe. Die derzeitigen Bedingungen im Kindergarten Tüllinghoff erfüllten nicht mehr die bestehenden Anforderungen, er sehe sogar die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht mehr als gegeben an.

Er weist darauf hin, dass durch den Verkauf von Baugrundstücken der prozentuale Anteil von Kindern an der Gesamtbevölkerung in Lüdinghausen zunehme. Diese Entwicklung erfordere eine Anpassung der Infrastruktur. Die SPD-Fraktion erwarte einen konkreten Lösungsvorschlag.

Frau Karasch macht deutlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Schaffung zusätzlicher Kindergartenplätze im Vordergrund stehe. Durch einen Umbau des Kindergarten Tüllinghoff könnten nur größere Räumlichkeiten, aber keine weiteren Plätze geschaffen werden.

Es stehe außer Frage, dass es erstrebenswert für den Kindergarten wäre, einen zusätzlichen Raum zu erhalten.

Sie führt aus, dass aufgrund der derzeit im Kindergarten Tüllinghoff vorhandenen Räumlichkeiten das erforderliche Mindestraumprogramm abgedeckt werde. Die Räume entsprächen auf jedem Fall den gesetzlichen Anforderungen. Auch die Zertifizierung als Bewegungskindergarten sei nicht gefährdet.

Die Schaffung zusätzlicher Ü3-Betreuungsplätze sei vordringlich zu betrachten. Um dieses zu erreichen, seien auch bauliche Übergangslösungen vorgesehen. Eine darüber hinausgehende Erweiterung vorhandener Kindergartenräume sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Diese Thematik könne erst angegangen werden, sobald ausreichend Ü3-Plätze geschaffen worden seien.

Frau Klaas erläutert ergänzend die in der Sitzungsvorlage dargestellten möglichen baulichen Übergangslösungen.

Herr Herrmann berichtet, dass in Bezug auf die Übergangslösungen bereits erste Abstimmungsgespräche mit dem Kreis Coesfeld geführt worden seien. Es deute sich an, dass diesbezüglich Lösungen gefunden werden könnten.

Frau Karasch verdeutlicht nochmals, dass die Gespräche mit dem Kreis Coesfeld vor dem Hintergrund geführt worden seien, dass zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen werden, und nicht nur eine Erweiterung von Räumlichkeiten stattfinden soll.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stv. Suttrup sieht ebenfalls das Erfordernis, mehr Kindergartenplätze, und zwar dort, wo sie benötigt werden, zu schaffen. Für Eltern seien Kindergärten in Wohnortnähe erforderlich, da kurze Anfahrtswege zu den Kindergärten sehr wichtig seien.

Stv. Kehl macht deutlich, dass die Thematik Ü3-Betreuung dringend angegangen werden müsse. Lange Zeit habe die Ü3-Betreuungssituation im Vordergrund gestanden.

Auch er sieht das Erfordernis zusätzliche Betreuungsplätze in Wohnortnähe zu schaffen. Die UWG-Fraktion könne sich aus diesem Grund den Ausführungen von Frau Karasch anschließen.

SkB. Schulze Meinhövel berichtet aus eigener Erfahrung, dass aktuell ein dringender Bedarf an Ü3-Betreuungsplätzen bestehe. Diesen Bedarf zu decken, sehe sie derzeit als dringender an als zusätzliche Räumlichkeiten in bereits vorhandenen Kindergärten zu schaffen.

SkB. Havermeier weist darauf hin, dass im Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vorrangig bauliche Themen beraten werden. Eine umfassende inhaltliche Beratung der Kindergartensituation müsse sicherlich noch im Ausschuss für Bildung, Kultur und Soziales erfolgen. Gleichwohl bringt er zum Ausdruck, dass den Lüdinghauser Eltern auch eine qualitativ hochwertige Betreuung ihrer Kinder wichtig sei.

Frau Karasch verweist auf eine umfassende Beratung der Kindergartenplanung im zuständigen Fachausschuss.

I. Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ja-Stimmen:	17
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	2

TOP 8) Reinigung der Steverarme Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2014 Vorlage: FB 3/929/2014

Ausschussvorsitzender Holz weist einführend darauf hin, dass sich die Grüne Schleuse zwischenzeitlich wieder in einem einsatzfähigen Zustand befindet, der Antrag habe sich somit aus zeitlichen Gründen erledigt.

Herr Herrmann berichtet, dass der Fischereiverein den Bereich der Stever, der im Fraktionsantrag beschrieben worden sei, noch vor der Wiederinbetriebnahme der Grünen Schleuse gereinigt habe.

Der Ausschussvorsitzende spricht dem Fischereiverein im Namen des gesamten Ausschusses nochmals seinen ausdrücklichen Dank für dessen ehrenamtliches Engagement aus.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag nicht erforderlich ist.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von dem im Sachverhalt beschriebenen aktuellen Sachstand.

TOP 9) Antrag der CDU-Fraktion auf Wiederherstellung der optischen Diagonalquerung für Radfahrer an der Seppenrader Straße (Am Hüwel/Große Busch)
Vorlage: FB 4/411/2014

Stv. Ernst erläutert einführend den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag.

Die derzeitige Situation wird fraktionsübergreifend als unzureichend angesehen. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Notwendigkeit besteht, die ursprüngliche Diagonalquerung wieder herzustellen.

Ausschussvorsitzender Holz regt für den Fall, dass die Bezirksregierung der gewünschten Lösung nicht zustimmen sollte, eine erneute inhaltliche Beratung in einer nächsten Ausschusssitzungen an, zu der sodann auch eine Vertreter der Bezirksregierung eingeladen werden sollte.

I. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den CDU-Fraktionsantrag vom 17.01.2014 auf Wiederherstellung der optischen Diagonalquerung für Radfahrer an der Seppenrader Straße (Am Hüwel/Große Busch) zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsbehörde des Kreises Coesfeld weiter zu leiten.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

TOP 10) Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2015 - 2017
Vorlage: FB 3/918/2014

Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Beratung des Budgetbuches 2014 produktweise erfolgen soll. Es wird jedoch gewünscht, im Vorfeld über die in der Sitzungsvorlage dargestellten Änderungen und Ergänzungen zu beraten.

Produkt 120100 Öffentliche Verkehrsflächen/Erschießung
(nachträglich gemeldete Ansätze)

Stv. Kehl bringt zum Ausdruck, dass die UWG-Fraktion die Erhöhung der Instandhaltungsansätze für städtische Straßen und Wege begrüßt.

Stv. Friedenstab weist darauf hin, dass er eine umfassende Erläuterung in Bezug auf die im Bereich der „Julius-Maggi-Straße“ zusätzlich vorgesehenen Maßnahmen für erforderlich hält. Er weist auf den Gewerbegebietscharakter der Straße hin.

Stv. Schäper schließt sich inhaltlich der Aussage von Stv. Friedenstab an.

Stv. Wannigmann erklärt, dass er einen Parkstreifen für Lkws für erforderlich halte. Auf jeden Fall sollten eine Stellungnahme der Anlieger eingeholt werden.

Herr Herrmann erläutert mittels aktueller Fotos, für welchen Bereich die Verwaltung von Anliegern gebeten worden sei, einen Gehweg entlang der „Julius-Maggi-Straße“ anzulegen, damit die Mitarbeiter fußläufig die angrenzenden Gewerbebetriebe erreichen könnten.

Er zeigt, dass die Breite der Parkbuchten lediglich für ein Abstellen von Pkws konzipiert sei. Im Falle einer Nutzung der Parkbuchten durch Lkws werde, über die Parkbucht hinausgehend, ein Teil der Fahrbahn mit in Anspruch genommen.

Nach Anlegung eines Gehweges auf der westlichen Seite der „Julius-Maggi-Straße“ sei die verbleibende Fahrbahn nicht mehr ausreichend breit, um einen Begegnungsverkehr, insbesondere von Lkws zu ermöglichen.

Ergänzend weist Herr Herrmann darauf hin, dass im weiteren Verlauf der „Julius-Maggi-Straße“ ausreichend Parkmöglichkeiten für Lkws bestehen würden.

Ausschussvorsitzender Holz schlägt vor, die bestehende Problematik durch eine Verbreiterung der vorhandenen Parkbuchten zu lösen, damit Lkws dort zukünftig ohne eine Inanspruchnahme der Fahrbahn parken könnten. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob der an die Parkbuchten angrenzende Grünstreifen mit in die Planung einbezogen werden kann.

Herr Herrmann erläutert, dass die Verwaltung diese Möglichkeit ursprünglich auch in Erwägung gezogen habe. Der benötigte Grünstreifen befinde sich jedoch nicht in städtischem Eigentum, sondern sei mit einem Erbbaurecht belastet. Es sei zu erwarten, dass sich ein Grundstückserwerb schwierig gestalten werde.

Stv. Mönning regt an, die Haushaltsmittel für die Umgestaltung der Parkbuchten sowie für die Anlegung des Gehweges zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen. Er stellt einen entsprechenden Antrag nach der Geschäftsordnung.

Ausschussvorsitzender Holz formuliert einen entsprechenden Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen.

Beschluss:

Der für die bauliche Unterteilung der Parkbuchten nachträglich angemeldete investive Haushaltsansatz (in Höhe von 30.000 €) wird mit einem Sperrvermerk versehen. Ebenfalls wird der für das Haushaltsjahr 2014 veranschlagte Haushaltsansatz für die Anlegung eines Gehweges (Investitionsnummer 30038STRAS Julius-Maggi-Straße Ausbau Gehweg) in Höhe von 39.000 € mit einem Sperrvermerk versehen.

Über die Art und Weise der baulichen Umgestaltung der „Julius-Maggi-Straße“ soll in einer der nächsten Ausschusssitzungen, in einem gesonderten Tagesordnungspunkt beraten werden.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

Produkt 010602 Baubetriebshof (nachträglich gemeldete Ansätze)

Bezüglich der zu ersetzenden Salzlagerhalle am städtischen Bauhof erläutert Herr Herrmann, dass das genaue Alter des Gebäudes nicht bekannt sei. Die Halle sei aber auf jeden Fall schon vorhanden gewesen, als der städtische Bauhof gebaut worden sei.

Ausschussvorsitzender Holz weist ergänzend darauf hin, dass die Halle seinerzeit vom Landesbetrieb Straßen NRW übernommen wurde und dass das Gebäude schon sehr alt sei.

Stv. Kasberg regt eine Besichtigung der Salzlagerhalle durch den Ausschuss an.

Ausschussvorsitzender Holz bittet die Verwaltung vor Neuerrichtung der Halle Kontakt mit dem Kreis Coesfeld, Herrn Dammers, aufzunehmen. Der Kreis Coesfeld habe gerade ein neues Lagergebäude errichtet. Es sollte auch über Alternativen zu ursprünglichem Streusalz (z.B. Salzlösung) nachgedacht werden.

Im Anschluss erfolgte eine produktweise Beratung der im Budgetbuch 2014 veranschlagten Haushaltsansätze.

Fragen der Ausschussmitglieder zu den Haushaltsansätzen sowie zu den Kennzahlen werden beantwortet.

Produkt 031406 Bewirtschaftung Turnhallen

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bringt zum Ausdruck, dass sie die alte 2-Fach-Turnhalle an der Tüllinghofer Straße für nicht mehr nutzbar hält. Es werde dringender Handlungsbedarf gesehen.

Bürgermeister Borgmann verweist auf die noch ausstehende Entscheidung in Bezug auf die Errichtung der Leistungssporthalle. Erst im Anschluss könne ein Sporthallenkonzept erarbeitet werden, bei dessen Aufstellung auch die Aussagen des neuen Schulkonzeptes mit einzubeziehen seien.

Produkt 010602 Baubetriebshof

Herr Herrmann erläutert, dass unter der Investitionsnummer 30204FAHR Baubetriebshof mehrere vorgesehene Neuanschaffungen zusammengefasst seien. Der Ansatz beinhalte einen Betrag in Höhe von 85.000 € für die Ersatzanschaffung eines Häckslers, 51.000 € für die Ersatzanschaffung eines Lkws sowie 15.000 € für die Neuanschaffung eines Anhängers für den Transport von Geräten.

Stv. Kasberg regt an - anstelle der Anschaffung eines neuen Häckslers - den Gehölzschnitt zu sammeln und sodann mit Hilfe eines gemieteten Großhäckslers zu häckseln. Er weist auf die Möglichkeit hin, hierbei Arbeitskräfte mit einzubinden, welche durch den Caritasverband unterstützt und betreut werden.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass zwischen Häckselarbeiten im Innen- und Außenbereich unterschieden werden müsse. Im Innenstadtbereich seien keine ausreichenden Lagermöglichkeiten für Gehölzschnitt vorhanden, mit der Folge, dass ein Häckseln direkt vor Ort erforderlich sei.

Bürgermeister Borgmann bittet zu bedenken, dass die Durchführung von Gehölzschnittarbeiten oftmals nicht im voraus planbar sei. In der Praxis ergebe sich häufig die Notwendigkeit (etwa durch umgefallene Bäume) kurzfristig entsprechende Arbeiten auszuführen. Ein flexibler und sofortiger Einsatz eines Häckslers sei unerlässlich.

SkB. Schulze Meinhövel hält eine ausreichende Auslastung eines neu angeschafften Häckslers für zwingend erforderlich.

Herr Herrmann erklärt, dass die genaue Anzahl der Betriebsstunden des Häckslers nicht angegeben werden könne. Eine ausreichende Auslastung sei jedoch auf jeden Fall sichergestellt, andernfalls hätte die Verwaltung keinen Haushaltsansatz für eine Ersatzbeschaffung angemeldet.

Produkt 120100 Öffentliche Verkehrsflächen/ Erschließung

Stv. Mönning bringt zum Ausdruck, dass er den Bau des unter der „Investitionsnummer 30079INFR Radweg Ostenstever“ veranschlagten Weges nicht für erforderlich hält.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass es sich bei dem Radweg um ein Regionaleprojekt handle. Die nachträgliche Streichung der für den Bau des Weges benötigten Haushaltsmittel sehe er als falsches Signal für die Nachbarstädte an, die teilweise schon mit dem Bau begonnen hätten.

Stv. Friedenstab weist auf das Erfordernis hin, den entlang der Stever verlaufenden, bereits vorhandenen Weg in dem Teilabschnitt von der Kläranlage bis Jakobskötter instand zu setzen

Stv. Breitbach regt an, den für den Bau der Brücke an der „Schulze-Delitzsch-Straße“ im Haushaltsjahr 2014 veranschlagten Haushaltsansatz in Höhe von 216.000 € (Investitionsnummer 30091INFRA Brücke Schulze-Delitzsch-Straße) mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Er hält es für sinnvoll, zunächst Erfahrungswerte zu sammeln, ob die Anfahrt der Gewerbebetriebe bereits durch die erfolgte zusätzliche Ausschilderung verbessert werde.

Darüber hinaus schlägt Stv. Breitbach vor, den Bau einer Brücke zur fußläufigen Verbindung der Baugebiete Rott und Stadtfeld (30239INFR Brücke Ostenstever Rott=Stadtfeld) zeitlich um ein Jahr zu verschieben. Die für die Erstellung einer Ausbauplanung im Haushaltsjahr 2014 veranschlagten Mittel (in Höhe von 50.000 €) sollten auf das Jahr 2015, der bislang in der Finanzplanung 2015 veranschlagte Baukostenansatz (in Höhe von 200.000 €) solle in das Haushaltsjahr 2016 verschoben werden.

Die Anregungen von Stv. Breitbach werden von den Ausschussmitgliedern einvernehmlich mitgetragen.

Beschluss:

Der Ausschuss spricht die nachfolgende Empfehlung an den Rat aus:

Das Budget hinsichtlich der im Sachverhalt aufgeführten Produkte soll in der vorgeschlagenen Form - unter Berücksichtigung der vorgenannten sowie der in der Sitzungsvorlage FB 3/918/2014 (sowie den ergänzenden Sitzungsvorlagen) aufgeführten Beschlüsse und Anregungen - beschlossen werden.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	4

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss spricht die nachfolgende Empfehlung an den Rat aus:

Das Budget hinsichtlich der im Sachverhalt aufgeführten Produkte soll in der vorgeschlagenen Form - unter Berücksichtigung der vorgenannten sowie der in der Sitzungsvorlage FB 3/918/2014 (sowie den ergänzenden Sitzungsvorlagen) aufgeführten Beschlüsse und Anregungen - beschlossen werden.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	4

TOP **Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2015 - 2017**
10.1) **Umsetzung von Straßenbeleuchtungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2014**
 - ergänzende Sitzungsvorlage -
 Vorlage: FB 3/918/2014/1

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stv. Friedenstab bringt zum Ausdruck, dass er die unter Ziffer 4) aufgeführte Maßnahme „Austausch der Alt-Münchener-Leuchten gegen Steelen analog Wasserplatz“ an der Westseite des Rathauses nicht als erforderlich ansieht.

Herr Herrmann verdeutlicht, dass im Jahr 2014 lediglich die unter Ziffer 1) genannte Maßnahme „Verdichtung der Beleuchtung im Bereich der **Hauptstraße**, von Einmündung B 58 bis Parkplatz Rosengarten“ umgesetzt werden soll.

Herr Herrmann erklärt, dass die Liste jedes Jahr um neu eingegangene Bürgeranregungen ergänzt und sodann neu priorisiert werde.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt die seitens der Verwaltung erstellte Prioritätenliste zustimmend zur Kenntnis.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	2

TOP **Budgetbuch 2014, Investitionsplan 2015 - 2017**

**10.2) Fraktionsanträge der SPD-Fraktion vom 14.01.2014 zu den
Haushaltsplanberatungen 2014
- ergänzende Sitzungsvorlage -
Vorlage: FB 3/918/2014/2**

Frau Klaas erläutert, dass das Gebäude aufgrund seines baufälligen Zustandes - bis zu einer im Rahmen des Regionalprojektes zu treffenden abschließenden Entscheidung - eingezäunt werden soll, um den bestehenden Verkehrssicherungspflichten ausreichend nachzukommen. Der für das Gebäude bestehende Pachtvertrag sei gekündigt. Eine Nutzung des Gebäudes finde nicht mehr statt.

Fraktionsübergreifend wird die Bereitstellung von Finanzmitteln für eine Einzäunung als nicht erforderlich angesehen. Es wird angeregt, dass Grundstück vorübergehend mit einem Bauzaun zu sichern.

Frau Klaas erklärt, dass diese Vorgehensweise grundsätzlich möglich ist, bittet aber zu bedenken, dass eine regelmäßige Überprüfung des Bauzaunes erforderlich ist. Darüber hinaus lade ein Bauzaun eher zu Vandalismus ein.

Beschluss:

Der Ausschuss spricht sich gegen eine Einzäunung der alten Hofstelle im Bereich der Wolfsschlucht aus. Ein Betreten des Grundstückes soll durch das provisorische Aufstellen eines Bauzaunes verhindert werden.

Es wird die Empfehlung an den Rat ausgesprochen, die im Teilergebnisplan „011421 Bewirtschaftung sonstige Gebäude“ unter der Investitionsnummer „20059ZAUN Einzäunung Hofstelle Mollstraße“ veranschlagten Haushaltsmittel in Höhe von 12.000,-- € nicht zur Verfügung zu stellen.

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	0

TOP 11) Berichte

**TOP
11.1) Bushaltestellen Selmer Straße
Vorlage: FB 4/419/2014**

- siehe Anlage 2 -

TOP 12) Anfragen

Stv. Schäper bemängelt, dass ein fehlender Fahrradständer im Kreuzungsbereich Hermannstraße / Mühlenstraße noch nicht wieder aufgestellt worden sei. Die Aufstellung werde von den Anliegern ausdrücklich gewünscht.

Darüber hinaus weist sie auf einen hochstehenden Gullideckel im Eingangsbereich Hermannstraße / Mühlenstraße hin.

Herr Herrmann sagt eine Überprüfung zu. Den Zustand des Gullideckels werde der Leiter des Bauhofes unverzüglich überprüfen.

Stv. Kehl erkundigt sich, wann die Anliegerversammlung bezüglich des Endausbaus des Baugebietes Kastanienallee-West statfinde.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass ein konkreter Termin noch nicht feststehe. Eine konkrete Zeitplanung könne erst erstellt werden, sobald die Ergebnisse der abschließend in Auftrag gegebenen Bodenuntersuchungen vorlägen.

SkB. Havermeier erkundigt sich, was mit dem Haus an der Mühlenstraße 40 vorgesehen sei. Darüber hinaus fragt er an, welche Maßnahmen im Bereich des Stadtstannenweges geplant seien.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass für das genannte Gebäude ein Abbruchantrag gestellt worden sei.

Herr Herrmann berichtet, dass auf die vorhandene Fahrbahn des Stadtstannenweges eine neue Verschleißschicht aufgebracht werde. Darüber hinaus sei vorgesehen, den Gehwegbereich neu zu profilieren

Stv. Friedenstab weist auf die Problematik hin, dass entlang des Stadtstannenweges geparkt werde.

Herr Herrmann erläutert, dass dieses Problem überwiegend im vorderen Bereich zu beobachten sei. Es sei vorgesehen, hier zusätzliche Straßenleitpfosten aufzustellen, die ein Parken verhindern würden.

Stv. Suttrup weist auf das Erfordernis hin, ein Bebauungsplanverfahren im Bereich des Stadtstannenweges durchzuführen.

Stv. Friedenstab bemängelt die schlechte Beleuchtung des entlang der Stever verlaufenden Weges im Bereich Gymnasium Canisianum / Krankenhaus.

Bürgermeister Borgmann weist darauf hin, dass durch politischen Beschluss festgelegt worden sei, die Straßenlaternen nur mit einem Leuchtmittel auszustatten

Des Weiteren weist Stv. Friedenstab darauf hin, dass der von der B 235 abzweigende Zufahrtsweg zur VVG durch schwere Lkws als Zufahrt zum Baugebiet Höckenkamp genutzt werde, obwohl die Nutzung auf ein Gesamtgewicht von 7,5 t und für Anlieger beschränkt sei.

Bürgermeister Borgmann macht deutlich, dass die Stadt Lüdinghausen nur für den ruhenden Verkehr zuständig sei. Er sagt zu, den Hinweis zuständigkeitshalber an die örtliche Polizei weiterzuleiten.

Darüber weist Stv. Friedenstab darauf hin, dass auf dem zwischen Stadtfeldstraße und der VVG verlaufenden Weges, im Bereich eines Grabens, sechs Säcke mit Müll rechtswidrig abgeladen worden sind. Er erkundigt sich, wer für die Entsorgung zuständig sei.

Ausschussvorsitzender Holz weist darauf hin, dass sich die Zuständigkeit des Wasser-Bodenverbandes auf die Unterhaltung der Gewässer beschränke. Die Entsorgung wilder Müllkippen im Außenbereich sei oftmals erforderlich und falle in die Zuständigkeit des städtischen Bauhofes.

Stv. Wannigmann weist darauf hin, dass zu Nachtzeiten im Bereich des Gymnasiums Canisianums Ruhestörungen durch Jugendliche stattfinden, die von den Krankenhauspatienten als massiv störend empfunden würden. Er bittet die Verwaltung um Überprüfung.

Anton Holz
Vorsitzende/r

Ellen Trudwig
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 29. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 04.02.2014

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Ernst, Wolfram	
Holz, Anton	
Kasberg, Bertholt	
Schäper, Gabriele	
Schotte, Irmgard	
Schulze Meinhövel, Anja	
Schulze Uphoff, Theo	
Suttrup, Thomas	Vertretung für Herrn Heinrich Horstmann

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Friedenstab, Artur	
Havermeier, Dirk	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	
Guntermann, Christine	anwesend Top 1) bis Top 9)
Mönning, Peter	Vertretung für Herrn Rainer Wippich

UWG-Fraktion

Kehl, Markus	
Wannigmann, Josef	Vertretung für Herrn Jürgen Berau
Wischnewski, Wolfgang Dr.	

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	
------------------	--

Wagner, Wilhelm	
-----------------	--

von der Verwaltung

Herrmann, Björn Claas	
Karasch, Christine	anwesend Top 4) bis Top 10)
Klaas, Judith	
Trudwig, Ellen	
Tuschmann, Werner	

Gäste

Spital-Frenking, Oskar Prof.	zu Top 1)
------------------------------	-----------

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Horstmann, Heinrich	
---------------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Wippich, Rainer	
-----------------	--

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
---------------	--